

Schwabens scheidender Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert (CSU) zieht Bilanz

„Nur als Ehrenamt ist mein Job auf Dauer grenzwertig“

Jürgen Reichert, der zur Wahl im Oktober 2018 nach drei Amtszeiten als schwäbischer Bezirkstagspräsident nicht mehr antreten wird, zieht eine Bilanz. Erfolge sieht er vor allem in der Förderung des Kulturbereichs und im Ausbau der sozialpsychiatrischen Versorgung. Wütend macht ihn, dass der Freistaat Milliarden vom Bund nicht weiterleitete.

BSZ Herr Bezirkstagspräsident, Sie beenden mit Ablauf dieser Legislaturperiode Ihre Amtszeit – im Rückblick: Was würden Sie als den größten politischen Erfolg Ihrer Amtszeit bezeichnen?

REICHERT Einen „größten Erfolg“, gemessen an einem einzelnen Projekt, will ich so nicht benennen. Was mich zufrieden stellt und für mich als Erfolg gilt, ist, dass ich nach drei Legislaturperioden als Bezirkstagspräsident in Zusammenarbeit mit den Bezirkstagsmitgliedern einen wohlbestellten, für die Zukunft gut gerüsteten Bezirk hinterlassen kann.

BSZ Nennen Sie bitte Beispiele!

REICHERT Das kann ich an drei Beispielen verdeutlichen: 1. Im Kulturbereich haben wir unsere Museen modernisiert, die Förderlinien in vielen Bereichen fortgeschrieben, mit der Gründung einer Stiftung dafür gesorgt, dass neue, innovative Projekte gefördert werden können, unsere Angebote in der Heimatpflege, Volksmusik und Trachtenkultur für neue Zielgruppen geöffnet, Inklusion, transkulturelle Projekte und



Jürgen Reichert (66) war von 2003 bis 2018 schwäbischer Bezirkstagspräsident. FOTO: E.B.

Jugendarbeit spiegeln sich in unserer kulturellen Arbeit wider. Die Kulturarbeit im Bezirk Schwaben ist weltweit und zukunftsorientiert. 2. Sehr wichtig ist für mich, dass wir die psychiatrische Versorgung für die schwäbische Bevölkerung – sowohl im stationären als auch im außerklinischen Bereich – flächendeckend ausgebaut haben. Man weiß, dass die Zahl der Menschen, die psychisch erkranken, auch weiterhin steigen wird. Dass wir hier – beispielsweise mit Tagesstätten, sozialpsychiatrischen Diensten, den Gemeindepyschiatrischen Verbänden und vielem mehr – ein enges, schwabenweites Angebotsnetz ha-

ben, ist mir ein großes Anliegen gewesen. 3. Es war mir immer wichtig, dass der Bezirk sowohl für die Bürger Schwabens, aber insbesondere für die Menschen, die unsere Unterstützung brauchen, sowie für unsere vielen Kooperationspartner – Umlagezahler, die kommunale Familie, die Wohlfahrtsverbände, die Einrichtungsträger, Kulturschaffende usw. – verlässliche Rahmenbedingungen bietet. Dass es uns über Jahre gelungen ist, dies einzuhalten, auch durch eine sehr solide Haushaltspolitik, dies ist für mich ein sehr großer Erfolg.

„Das Thema der Sozialkosten ist nicht fair gelöst“

BSZ Und gab es im Gegenzug auch eine größte Niederlage?

REICHERT Die größte Niederlage wurde nun nochmals deutlich bei der Verteilung der sogenannten Bundesmilliarden im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes: Das Geld kam nicht bei den Bezirken an, obwohl wir diejenigen sind, die in Bayern die Kosten der Eingliederungshilfe schultern müssen. Einmal mehr wurde daran deutlich, dass es keine systemgerechte, konstruktive Finanzierung der Kosten der überörtlichen Sozialhilfe gibt. Während meiner ganzen Amtszeit habe ich dies immer wieder thematisiert, dass die Thematik der Sozialkosten anders gelöst werden muss. Leider ohne Ergebnis.

BSZ Was werden die wohl drei wichtigsten Herausforderungen für Ihren Nachfolger in den nächsten Jahren – und warum konkret diese?

REICHERT Da können wir sofort wieder bei der Finanzierung beginnen: Die wichtigste Herausforderung ist und bleibt die Sicherung der Sozialsysteme. Die Kosten, insbesondere für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, steigen Jahr für Jahr an. Wir können uns das nicht jährlich über die Umlage zurückholen. Bund und Land müssen



Stolz ist Jürgen Reichert im Rückblick auch auf das vielfältige Engagement des Bezirks Schwaben in der Kulturarbeit – die Einrichtungen, etwa die bezirkseigenen Museen, beteiligen sich regelmäßig an Veranstaltungen wie dem internationalen Museumstag. FOTO: DPA

sich künftig zu je einem Drittel an den Ausgaben der überörtlichen Sozialhilfekosten beteiligen, sonst kommt diese Systematik bald an ihr Ende. Im Krankenhausbereich sowie bei der Pflege müssen wir künftig darauf drängen, dass die Entscheidungsbefugnisse und Leistungen der Krankenkassen auf eine breitere Basis gestellt werden. Das heißt, dass auch die Kassen verpflichtet sein müssten, sich mit anderen Kostenträgern über Pauschalen, Strategien und Strukturentwicklungen in einer Region abzustimmen.

BSZ Regierungschef Markus Söder hat eine Begrenzung der Amtszeit des bayerischen Ministerpräsidenten auf maximal zehn Jahre angekündigt – wäre das auch ein Vorbild für die Bezirkstagspräsidenten?

REICHERT Eine Begrenzung auf zwei oder drei Amtszeiten finde ich nicht

schlecht. Um etwas zu entwickeln, braucht es natürlich auch personelle Kontinuität, aber man muss eben den Weg frei machen für neue Entwicklungen und vielleicht auch für einen anderen Stil. Daher habe ich für mich selber beschlossen, nicht mehr für eine weitere Legislaturperiode anzutreten.

„Noch mehr kleine Parteien bringen keinen Mehrwert“

BSZ Sollte der Bezirkstagspräsident trotz der Aufgabenbelastung auch künftig nur ein Ehrenamtler sein – oder doch nicht auch, wie der Landrat, ein kommunaler Wahlbeamter?

REICHERT Ich fände es zumindest passend, dies beispielsweise dem je-

weiligen Gremium – also dem neu gewählten Bezirkstag – als Entscheidungsoption anzubieten: ob der antretende Bezirkstagspräsident ehren- oder hauptamtlich die Geschäfte führen soll. In Verbindung mit einer anspruchsvollen Tätigkeit ist die Ausübung des Amtes als politisches Ehrenamt tatsächlich grenzwertig; ich weiß das aus jahrelanger eigener Erfahrung.

BSZ Was bedeutet die Beibehaltung des eher die kleinen Parteien begünstigenden Auszahlverfahrens für die künftige Mehrheits- und Konsensfindung in den Bezirkstagen?

REICHERT Der Bezirkstag ist in seiner Arbeit anders orientiert als beispielsweise ein Gemeinderat: Man kümmert sich dort weniger um Themen, die einen eventuell als Bürger einer Gemeinde direkt betreffen; sondern um Themen, die zuweilen auch

übergeordneter oder abstrakter Natur sind. Insbesondere im Sozialbereich haben wir es zudem mit einer sehr komplexen Gesetzgebung zu tun und müssen als Gremium zudem dafür sorgen, dass diese Gesetze richtig erfüllt werden. Das alles erfordert ein hohes Maß an Einarbeitung, an Zeit und zudem braucht man unter Umständen auch die Unterstützung von Fachleuten aus der eigenen Partei, um sich Sachkenntnisse anzueignen. Vertreter aus kleinen Parteien und Einzelkämpfer tun sich da oftmals schwer, wie ich festgestellt habe. Es bringt nun auch nicht unbedingt einen demokratischen Mehrwert, wenn mehr Parteien im Bezirkstag vertreten sind. Wichtiger ist es meiner Meinung nach, dass die Parteien engagierte und sachkompetente Mitglieder für die Bezirkstagswahl aufstellen.

Interview: ANDRÉ PAUL

Bezirk unterstützt Regionalkampagne mit 40 000 Euro

Die Regionalkampagne „Original Regional“ der Europäischen Metropolregion Nürnberg wird im laufenden Jahr vom Bezirk Mittelfranken mit einer Förderung in Höhe von 40 000 Euro unterstützt, der Bezirksausschuss bewilligte unlängst den entsprechenden Antrag. Die Vielfalt regionaler Produkte zu fördern gehört zu den Zielen von „Original Regional“, um gewachsene Kulturlandschaften wie etwa Streuobstwiesen zu bewahren, aber auch die regionale Identität zu stärken.

Die Regionalkampagne vereint rund 1500 Direktvermarkter und Erzeuger aus 29 Regionalinitiativen. Für diese wird unter anderem bei Messeauftritten der Regionalkampagne geworben, eine gemeinsame Website im Internet erleichtert Kunden die Suche von Anbietern. Bei allen sorgt das regionale Gütesiegel für einen Wiedererkennungseffekt bei Verbrauchern, die dadurch leichter Produkte aus der Metropolregion ausmachen können. Im laufenden Jahr und darüber hinaus soll der Fokus verstärkt auf Bio- und faire Produkte aus der Metropolregion gerichtet werden. Darüber hinaus ist angedacht, die Netzwerkarbeit zu intensivieren. Gegenüber 2017 wurde der Zuschuss des Bezirks um 7000 Euro erhöht. > E.B.

kbo-Isar-Amper-Klinikum verabschiedet Psychiaterin

Dank an Gabriele Schleuning

Fast 40 Jahre tritt sie für eine moderne Psychiatrie: Mit mehr als 250 Wegefahrern und Freunden feierte Gabriele Schleuning unlängst ihren Abschied im kbo-Isar-Amper-Klinikum. Bewegt und emotionalisiert war sie an diesem Abend, die auf ihrem beruflichen Weg viel bewegt hat. Bereits als Schülerin stieg in ihr der Wunsch auf, als Psychiaterin Menschen helfen zu wollen.

Der Berufsweg begann 1973 mit einem Praktikum in Haar

Ihr Weg begann 1973 mit einem Praktikum im damaligen Bezirkskrankenhaus Haar auf einer geschlossenen Station und sie war tief beeindruckt von den Verhältnissen: „Entmündigte Menschen, Langzeitbereiche, hohe Medikation“. Die Psychiatrie-Enquete, die 1975 manifestiert wurde, hatte Haar noch nicht erreicht. Nach Haar folgte eine Psychiatrie in Rom: weniger Gewalt, am Menschen orientiert und auch ambulant.

Nach ihrer Rückkehr wurde Schleuning mit dem Aufbau einer Ambulanz betraut – einem Projekt, das mit besonderem Augenmerk verfolgt wird. Öffnung und Öffentlichkeit begleiten sie – geprägt ist

Schleuning dabei insbesondere durch den ersten Tag der offenen Tür des Bezirkskrankenhauses, zu dem mehr als 20 000 Besucher kamen. „Ich wusste nach diesem Tag, dass ich diese Bühne nie wieder verlassen möchte.“

So entwickelte sie die Idee eines Psychiatrischen Krisenzentrums, dass 1994 dann Realität wird: Das Atriumhaus, das in den kommenden Jahren sich zu einer eigenen Marke mit hoher Strahlkraft entwickelt. „Dies war mein persönlicher Mount-Everest, wenn ich zurückblicke“, fasst die 65-Jährige die Entwicklung des Krisenzentrums in der Nähe der Münchner Theresienwiese zusammen.

Gleichzeitig baute sie ein Netzwerk im psychiatrischen Versorgungsnetz auf und verfolgte dabei immer die Idee, das Krankenhaus in dieses weiter einzubinden. Aus dieser Idee entsteht 2007 der „Krisendienst München“, eine telefonische Anlaufstelle für Menschen in psychischen Notlagen. Inzwischen ist das Modell in ganz Oberbayern erfolgreich umgesetzt. Tausende Menschen finden hier pro Jahr professionelle und niederschwellige Hilfe.

„Ich blicke zufrieden auf mein Leben zurück und bin dankbar, dass ich auch dank vieler Wegbegleiter so viel erreicht habe“, so Schleuning. > HENNER LÜTTECKE

Heinrich würdigt Kompetenz und Versorgungsqualität
Lob für Klinikum Mainkofen

Olaf Heinrich ist seit 2013 Präsident des niederbayerischen Bezirkstags. FOTO: BSZ

Niederbayerns Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich (CSU) hat unlängst die neueste Entwicklung des Bezirksklinikums Mainkofen (Landkreis Deggendorf) gewürdigt: „Die Ernennung des Bezirksklinikums Mainkofen zum Lehrkrankenhaus der Deutschen Gesellschaft für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie ist der beste Beweis für die hohe Kompetenz und Versorgungsqualität der Fachabteilung vor Ort.“

„Die Einweisung ist manchmal unvermeidbar“

Der leitende Arzt der Gerontopsychiatrie, Bernd Weigel, und sein Team seien in Niederbayern eine wichtige Adresse bei akuten Belastungssituationen im Alter – beispielsweise im Falle einer schweren Demenz, bei schweren Depressionen oder Psychosen, so

der Bezirkstagspräsident weiter. Davon seien in der Regel nicht nur die Erkrankten, sondern deren gesamtes Umfeld betroffen: die Familie, die Heimleitung, der Pflegedienst. Und manchmal sei die Einweisung in eine psychiatrische Klinik eben nicht nur unvermeidbar, sondern die beste Lösung“, machte Olaf Heinrich deutlich.

Im Bezirksklinikum Mainkofen habe man sich auf solche Krisensituationen spezialisiert. Auf vier Schwerpunktstationen mit insgesamt 80 Betten kümmern sich, so Heinrich weiter, Ärzte, Psychologen, Sozialpädagogen, eine Heilpädagogin, Betreuungsassistentinnen und Arzthelferinnen im Sinne einer ganzheitlichen Medizin um die Betroffenen.

„Wir wissen auch, dass ein Ortswechsel für viele Patienten eine zusätzliche Belastung darstellt. Auch mit Blick auf die demografische Entwicklung wird der Bedarf an solchen Angeboten immer größer und unsere Fachabteilung in Mainkofen ist quasi permanent überbelegt. Ein weiterer Ausbau im Zuge der Neustrukturierung des Bezirksklinikums ist daher dringend geboten und es ist geplant, die Zahl der Betten auf 100 aufzustocken“, betonte Bezirkstagspräsident Heinrich.

> CHRISTINE HOCHREITER

Landshut: Richtfest für den Neubau der Sozialverwaltung

Ende September 2017 wurde mit den Rohbauarbeiten für das neue Verwaltungsgebäude der Sozialverwaltung Am Lurzenhof 15 begonnen. Knapp acht Monate später konnte Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich kürzlich schon zum Richtfest einladen. Über den Baufortschritt zeigte er sich mehr als zufrieden wie auch über die Einhaltung des Zeit- und Kostenplans.

Rund 19 Millionen Euro kostet der Neubau, den der Bezirk Niederbayern überwiegend aus Eigenmitteln finanziert. In europäischen Ausschreibungsverfahren wurden bislang Bauaufträge in Höhe von etwa neun Millionen Euro vergeben, von denen rund 8,5 Millionen Euro an Baufirmen aus Niederbayern gingen. Die Fertigstellung des Neubaus, bei dem vor allem auf eine hohe Energieeffizienz Wert gelegt wurde, ist für Herbst 2019 geplant. Dann stehen auf vier Geschossen unter anderem Büroräume für rund 200 Bedienstete, 160 Stellplätze für Mitarbeiter, 20 für Besucher sowie ein Sitzungssaal zur Verfügung. Sowohl Landshuts Oberbürgermeister Alexander Putz (FDP) als auch Professor Karl Stoffel, Präsident der Hochschule Landshut, hatten es sich nicht nehmen lassen, beim Richtfest dabei zu sein. > E.B.